

# MiB

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Leipzig

**Mitteilungsblatt**  
Nr. 2 am 15. Februar 2011

# NAZIS BLOCKIEREN!



19. Februar 2011 in Dresden  
... bunt und lautstark  
... kreativ und entschlossen

[www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

## Frauenrechte sind Menschenrechte!

Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz, an der mehr als 100 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin - die bekanntlich einige ihrer frühen Lebensjahre in Leipzig verbrachte - die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Der Beschluss in Kopenhagen lautete: „Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient... Der Frauentag muss einen internatio-

nen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“ Der erste Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen während der Märzrevolution 1848. Außerdem hatte auch die Pariser Kommune 1871 im März begonnen. Im Jahr 1921 wurde auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau der 8. März zu Ehren der Rolle der Frauen in der russischen Februarrevolution von 1917 als internationaler Gedenktag eingeführt. Ein Jahr später wurde der Internationale Frauentag erstmals in verschiedenen Ländern einheitlich begangen. Heute, ein Jahrhundert später, kann die Frauenbewegung weltweit auf viele Erfolge nicht nur im Kampf für die Durchsetzung des Frauenwahlrechts verweisen. Der diesjährige 8. März ist somit zunächst ein Tag der Dankbarkeit und des Erinnerns gegenüber den vielen Frauen, die den Weg zur politischen Mündigkeit der Frau und zur Gleichberechtigung gegangen sind und viele Rechte für Frauen durchgesetzt haben. Der 8. März ist aber gerade auch im 100. Jahr seines Bestehens eine Herausforderung für eine gleichberechtigte Zukunft von Frauen und Männern, denn die aktuelle Situation in Politik,

Wirtschaft und Gesellschaft weist diesbezüglich noch immer vielfältige Defizite auf. Deutschland ist nicht zuletzt durch das Versagen der Bundesregierung eines der gleichstellungspolitischen Schlusslichter in der EU. Obwohl immer mehr Frauen gut ausgebildet und berufstätig sind, erhalten sie oftmals zu niedrige Löhne, arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit, befristet und in Minijobs. Frauen in Spitzenpositionen in der Wirtschaft sind hingegen nach wie vor Mangelware, ihr Anteil in Aufsichtsräten beträgt ca. zehn Prozent und bei Vorständen weniger als ein Prozent. Diese Belege für die ungerechte Verteilung von Arbeit, Zeit sowie Macht und Einfluss könnten endlos fortgesetzt werden. Deswegen unterstützt DIE LINKE gemeinsam mit vielen anderen Kräften (z. B. den Gewerkschaften) die Frauen konsequent im Kampf für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für eine stufenweise Einführung der Geschlechterquote in Aufsichtsräten von 50 Prozent (Slogan „Her mit der Hälfte!“) sowie für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - auch bei der Pflege. Am Internationalen Frauentag und an den anderen 364 Tagen des Jahres wollen die Frauen gleiche Chancen, gleiche Rechte und tatsächliche Gleichstellung. **Denn Frauenrechte sind Menschenrechte!**

Dr. Volker Külöw

1911 - 2011: 100 Jahre  
Internationaler Frauentag



## Zug der Erinnerung – Nürnberg

Am 4. Dezember 2010, drei Tage vor der offiziellen Feier unter Beteiligung von „Politik- und Wirtschaftsprominenz“ anlässlich des 175. Jahrestages des Bestehens der Deutschen Bahn, demonstrierten in Nürnberg ca. 500 Menschen gegen das Geschichtsverständnis und die Entschädigungspolitik der Deutschen Bahn. Dabei waren unter anderem ca. 40 Mitglieder des jüdischen Forums beim Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e. V..



Diese Demo wurde vom „Zug der Erinnerung“ initiiert. Unter den Teilnehmern waren Zeitzeuginnen und Überlebende der Shoah aus dem heutigen Russland und der Ukraine.

Einer der Teilnehmer war der 85-jähriger Holocaust-Überlebende Josef Jakubowicz, der 1925 in Auschwitz geboren wurde. Am Ort, wo einst die jüdische Synagoge der Stadt Nürnberg stand, sprach er von seinen zweieinhalb Jahren Zwangsarbeit für die Reichsbahn. Barfuß, mit nur 300 Gramm Brot pro Tag, musste er Schwerstarbeit verrichten. Er berichtete „von Bahnangestellten in Uniform, die Kinder mit Puppen

gemeinsam mit der SS in die Gaskammern getrieben haben“. Als Rechtsnachfolge der Deutschen Reichsbahn war dieser Konzern deshalb in die schlimmsten Seiten der deutschen Geschichte verwickelt – die Einsetzung von Zwangsarbeitern sowie die Deportation von mehreren hunderttausend Menschen in die Zwangs- und Vernichtungslager, darunter Auschwitz und Majdanek.

Erstaunlicherweise musste diese Demo durchgeklagt werden, weil die Stadt Nürnberg, die Stadt der „Nürnberger Prozesse“ und die sogenannte Stadt der Menschenrechte und die DB, vormals Reichsbahn, die Demo verbieten lassen wollten. Ein unverständlicher Umgang mit der Geschichte ihrer eigenen Stadt, weil unter den Opfern der Deportationen durch die Reichsbahn auch Bürger von Nürnberg waren. Die Namen von den Kindern Ruth Klein und Artur Rothschild sowie dem jungen Mann Thomas Lauinger bilden nur drei Beispiele von Opfern dieses Verbrechens. Unter diesen Umständen war es keine Überraschung,



schung, dass keine „Politikprominenz“ dieser Stadt dabei war.

Das Ziel dieser Demo war, dass die DB endlich eine gerechte Entschädigung an die Opfer und ihre Angehörigen des Verbrechens der Deutschen Reichsbahn zahlt. Verantwortungslos reagierte bis jetzt die DB auf solche Forderungen. Angeboten waren einmalig 25 Euro pro Person. Die Opfer der Deportationen mussten mindestens 48 Stunden in verplombten „Reichsbahn“-Waggons bis in die Lager verbringen. Für ihre Todesfahrten mussten die Opfer zahlen. dann stellt sich heute die Frage: wie ist dieses „Angebot“ mit dem Angebot der DB von bis zu 500 Euro wegen des kurzfristigen Ausfalls von Klimaanlage im Sommer 2010 zu vergleichen? Natürlich sind die jetzigen Chefs der DB keinesfalls für das Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus verantwortlich aber sie sind verpflichtet die grausamsten Seite der Geschichte der Bahn mit aufzuarbeiten.

Dr. Keith Barlow

## Gemeinsam erinnern, gemeinsam kämpfen

Das ist der Grundgedanke der AG „Frieden und Gedenken“. In diesem Sinne organisierte die AG mit Freunden aus Bennewitz anlässlich des Geburtstages von dem Widerstandskämpfer Albert Kuntz in seinem Heimatort eine Gedenkveranstaltung mit anschließender Gesprächsrunde. Zusammen mit den Freunden aus Bennewitz wollen wir diesen Gedanken im Herbst 2011 weiterführen. Eine Wanderung zu Er-

innerungs- und Gedenkstätten in der Umgebung soll das bekräftigen.

Mitglieder der AG nahmen an den Veranstaltungen zum Gedenken an die ermordeten Politiker und Revolutionäre Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin und Leipzig teil. Die Opfer sind niemals vergessen! Seit Jahren veranstalten Neonazis einen jährlichen Trauermarsch, um historische Ereignisse zu klassifizieren und das Regime des Nationalsozialismus zu verharmlosen. Diesem Tun muss man Einhalt gebieten! Die AG „Frieden und Gedenken“ ruft

auf: Beteiligt euch an den Blockaden am 19. Februar gegen die Naziaufmärsche in Dresden! – Gemeinsam erinnern, gemeinsam kämpfen, gemeinsam sind wir eine Kraft!

AG Frieden und Gedenken

## NAZIS BLOCKIEREN!

2010 ist es uns erstmalig gelungen, Europas größten Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern.

Auch dieses Jahr wollen die Nazis am 19. Februar in Dresden marschieren ... auch dieses Jahr werden wir sie gemeinsam blockieren.

[WWW.DRESDEN-NAZIFREI.COM](http://WWW.DRESDEN-NAZIFREI.COM)

## AG Kunst und Kultur stellt sich vor

Die noch junge AG Kunst und Kultur ist gerade dabei, ihre Spannweite zu entwickeln. Ein kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, ein gerade knapp verteidigter Kulturbürgermeister, zahlreiche Kulturschaffende in den Reihen der Linken – und doch keine Linie, kein gezieltes Zusammenwirken. Was ist also einer AG möglich, die aus wenigen, meist selbst künstlerisch aktiven Mitgliedern besteht?

Im Programmentwurf der Linken steht geschrieben: „Emanzipation ist nur auf Basis einer Kulturgesellschaft möglich.“ Wie geht man an die GROBE FRAGE Kultur und wie misst man Anteile von Kunst und Kultur? Nehmen wir den Massen-Konsum von RTL als Maßstab oder messen wir eher an dem Niveau von 3-sat? Was können wir selber initiieren oder kulturell anbieten – auch wenn wir natürlich keine Künstleragentur sind?

1. Zielrichtung: Wie halten ´s Genossinnen, Genossen und BOs mit Kultur und Kunst? Was spielen sie für eine Rolle im Gemeinschaftsleben?

2. Wie sieht es aus mit der kulturellen Gesamtausstrahlung der Partei, ihrer Presse, ihrer Geschäftsstellen und Büros?

3. Wie könnte man helfen – mit einem Kompass, einem Kulturangebot oder speziellen Höhepunkten, die ausstrahlen? Früher – in der Ehemaligen – gab es in jeder Gewerkschaftsgruppe einen Kulturobmann, Betriebsfestspiele, Ök-Ku-Lei, Brigadetagebücher, Kulturensembles, Chöre, Kabaretts usw. usf.

Was also 4. ist uns Kulturtradition

und -erbe wert und was wäre „aufzuheben“, um Kreativität, Schöpfertum anzuregen? Eine dunkle Erinnerung an die utopische Zielstellung vom „neuen Menschen“ schwebt ja den Älteren noch vor.

Und schließlich 5. wie gewinnen wir Mitstreiter, denn gerade ein AG lebt von den Ideen und dem Engagement ihrer Mitglieder.

Versuchen wir Beispiele einer Pop-Massenkultur-Belebung? In unseren Abgeordneten-Büros kleine Dschungel-Camps einrichten oder Quiz- und Casting-Shows für (Polit-)Talente? Talk-Show statt Beratung mit den Vorsitzenden der BOs?

In dem Arbeitsplan unserer AG spiegeln sich von allen 5 Punkten Teilaspekte und wir versuchen „die neuen Wege zu finden, indem wir sie ausprobieren“.

1. Projekte: Je Quartal wollen wir eine Ausstellung organisieren, die von „Büro“ zu „Büro“ wandert und so für Kultur in den Räumlichkeiten unserer Partei wirbt.

2. Mitwirkung bei einigen „Höhepunkten“ der Ortsverbände wie Kinderfeste und anderen Veranstaltungen des Stadtvorstandes oder der Ortsverbände.

3. Lesungen und kleine Konzerte (Bereits im letzten Jahr konnten wir gut besuchte Lesungen in einer BO in Grünau sowie in den BOs in Altwest als Jahresabschluss bzw. Weihnachten durchführen).

4. Diskussion und Verständigung zu aktuellen lokalen wie auch überregionalen kulturpolitischen Themen.

Vorschläge und Anregungen sowie weitere Mitglieder für unsere AG sind gefragt. Spannen wir einen „Rettungsschirm“ für ein kulturvolles Miteinander und erforschen uns selber, wie sozialistische Lebens- und Arbeitsformen sich entwickeln. „Sozialistische Werte“ – setzen wir sie einer Unkultur und Perversion entgegen, der dominanten Kommerzkultur und dem Lifestyle-Kapitalismus wie sie der Neoliberalismus uns diktiert.

Der Programmentwurf unserer Partei fordert: „Wir wollen das regionale Kulturleben in allen sozialen Milieus fördern, Freiräume für die kulturelle Selbstbestimmung..“ schaffen.

Fangen wir damit an!

**Die AG Kunst und Kultur**

Beratungen der AG Kunst und Kultur finden jeden 4. Montag im Monat 19:00 Uhr im Abgeordnetenbüro von MdL Cornelia Falken, Coppelstraße 63 statt.

**Für die schnelle,  
unaufschiebbare  
Beratung:**

**Hartz IV**

**Notruftelefon**

**01578 – 352 20 14**

**Mo. bis Sa.**

**8:00 bis 20:00 Uhr**

### Nachruf:

#### Trauer um Peter Heller

Vor gut einer Woche saßen wir noch im ARGE-Beirat nebeneinander und schmiedeten Pläne für zukünftige Aktionen. Dazu wird es nicht mehr kommen, denn am 28. Januar verstarb Peter Heller im Alter von 57 Jahren.

Als langjähriger Vorsitzender des ver.di Erwerbslosenausschusses und als Vorsitzender des Vereins „Helfende Hände“ war Peter Heller ein engagier-

ter Streiter für die Ausgegrenzten, die Armen und die Menschen in prekären Lebenslagen.

Gemeinsam haben wir etliche Aktionen durchgeführt, dabei konnte ich ihn als sachkundigen und zielstrebigem Mitstreiter kennen und schätzen lernen, der stets das Wohl der bedürftigen Menschen im Blickpunkt behielt. Wobei er nie große Worte verlor, sondern durch seine Art, die Dinge auf den Punkt zu bringen, angenehm auffiel.

Sein Tod hinterlässt eine Lücke, die

nur schwer zu füllen sein wird. In diesem Sinne kann sein Ableben für uns nur das Vermächtnis bedeuten, in seinem Sinne nicht nachzulassen in dem Kampf um eine gerechtere, freiere und sozialere Gesellschaft.

Leipzig hat einen engagierten Streiter für diese gemeinsame Sache verloren. Und ich einen Freund.

**Naomi-Pia Witte**  
Stadträtin Fraktion DIE LINKE im Leipziger  
Stadtrat, Sprecherin für Sozialpolitik

## DIE LINKE setzt auf Vielfalt, der Neubau der Probsteikirche gehört dazu.

Wiederholt haben interessierte Bürger nach der Haltung der LINKEN zum Neubau der katholischen Probsteikirche St. Trinitatis gefragt. Die Redaktion sprach dazu mit Siegfried Schlegel, Sprecher für Stadtentwicklung und Bau der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat.

*In der Presse war zu lesen, Oberbürgermeister Jung hätte auf Vorschlag des Wirtschaftsdezernenten den Grundstücksverkauf beschlossen - darf der das?*

Auch wenn der Oberbürgermeister auf der Grundlage entsprechender Satzungen Rechtsgeschäfte bis zu einer Wertgrenze ohne Beschlüsse des Stadtrates bzw. beschließender Ausschüsse tätigen darf, so fallen Grundstücksverkäufe oder Ankäufe fast durchgängig in die Zuständigkeit des Grundstücksverkehrsausschusses bzw. Verwaltungsausschusses als beschließende Ausschüsse oder gar des Stadtrates. Dazu werden von der Verwaltung Vorlagen erarbeitet und eingebracht. Dies erfolgt immer im Namen des Oberbürgermeisters. Solche Vorlagen müssen seine Dienstberatung passieren. Im Fall des Grundstücksverkaufs für den Kirchenneubau bedeutet das konkret, dass durch das Dezernat Wirtschaft eine entsprechende Vorlage erarbeitet wurde. Diese wurde in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters durch den

Wirtschaftsbürgermeister eingebracht, dort beraten und bestätigt. Das endgültige Votum liegt beim Grundstücksverkehrsausschuss. Der Oberbürgermeister kann in dieser Angelegenheit nicht allein entscheiden und hat dies auch nicht getan.

*Ist der Verkauf inzwischen beschlossen?*

Am 10. Januar beschloss der Grundstücksverkehrsausschuss den Verkauf des Grundstücks zum Kaufpreis von 881.400 Euro. Diese Kaufpreissumme ist als absoluter Betrag wenig aussagekräftig. Man muss wissen, dass Kommunen und deren Unternehmen immer gehalten sind, mindestens zum Grundstücksverkehrswert zu veräußern, der bei einer solchen Fläche durch ein Gutachten zu ermitteln ist. Dies ist auch hier so geschehen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass der Verkaufspreis angemessen ist.

*Man könnte meinen, ein Schnäppchenpreis, weil durch die Stadt noch Erschließungsmaßnahmen auf eigene Rechnung durchgeführt werden...*

Es ist üblich, dass Grundstücke baureif verkauft werden. Dazu gehört neben der Planungssicherheit auch die Freimachung von unterirdischem Abbruch, die Umverlegung von stadttechnischen

Leitungssystemen oder die Altlastenbeseitigung. Darauf bezieht sich der transparente Quadratmeterpreis des Verkehrswertgutachtens. Somit wird die Vergleichbarkeit zu ähnlichen Grundstücken hergestellt. Da diese Aufwendungen vorher unzureichend oder überhaupt nicht erkennbar sind, scheuen viele, vor allem kleine Investoren das Risiko. Selbst finanziell potente Investoren, die meist schnell bauen wollen und deshalb diese Leistungen selbst erbringen, rechnen Risiken als Abschläge in ihr Kaufpreisangebot für ein Grundstück „wie es steht und liegt“ nicht zu knapp mit ein. Sie spekulieren auf geringere Kosten und haben trotzdem meist ein „Hintertürchen“ für Kaufpreisreduzierungen bei erheblichen Mehraufwendungen, was dann einen hohen Aufwand bei der Überwachung durch die Stadt erfordert. Deshalb ist es für die Stadt ein Nullsummenspiel. Die neue Grundstückserschließung erfolgt in der Regel dann durch die Investoren selbst.

*Aber dennoch ist es doch wohl ein Filetgrundstück...*

Auch 65 Jahre nach Kriegsende hat die Stadt immer noch zahlreiche Baulücken in der Innenstadt. Hinzu kommt der ungünstige dreiecksförmige Grundstückszuschnitt, der für eine Nutzung für Gemeinbedarf prädestiniert ist und sich für

### Partner der LINKEN: Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmer (KMU) in den Kommunen – Ein Wirkungsfeld linker Politik?

Die öffentliche Diskussion der AG Linke UnternehmerInnen der Leipziger LINKEN zeigte Ansätze für gemeinsames Wirken von Linken und Selbständigen auf.

Am 22. Januar 2011 führte die AG Linke UnternehmerInnen der Partei DIE LINKE. Leipzig erstmals eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Zum Zusammenwirken von Kommunen, KMU und Gewerkschaften bei der Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe“ durch. Die gut besuchte Veranstaltung fand im Bürgerbüro von MdB Dr. Barbara Höll statt. Moderiert wurde sie vom Sprecher der AG, Klaus Kniss.

Die Diskussionsgrundlage vermittelte der wirtschaftspolitische Sprecher un-

terer sächsischen Landtagsfraktion, Karl-Friedrich Zais. An der Veranstaltung nahm auch MdB Dr. Barbara Höll teil.

Karl-Friedrich Zais nahm zunächst eine Einordnung der KMU in der Partei DIE LINKE vor. Unter Bezug auf einen Artikel des stellvertretenden Bundesvorsitzenden unserer Partei, Diether Dehm, in der Reihe Beiträge zur Wirtschaftspolitik, stellte er heraus, dass „das Bündnis aus Kleinunternehmern und Arbeiterschaft antifaschistisch und ökologisch ist und zugleich die soziale Demokratie fördert“. Und weiter, dass Staat und Kommune den ortsansässigen KMU – schon aus ökologischen und sozialen Gründen – die gleiche Beachtung schenken sollten, wie dem Export. Anknüpfend an Ernst Bloch: Wir dürfen das Kleinbürgertum nicht kampflos den anderen Parteien überlassen, arbeitete er heraus, dass im Freistaat Sachsen über 90 % aller Unternehmen den KMU zuzuordnen sind. Damit verbunden ist, dass hier der größte

Teil aller Arbeits- und Ausbildungsplätze gebunden sind. In dem wir die KMU unterstützen, stärken wir ihre Positionen in der Abwehr des neo-liberalen Verdrängungswettbewerbes durch Kapitalgesellschaften und Großkonzerne. Die sächsische LINKE hat daher stets Maßnahmen unterstützt oder selbst in den Landtag eingebracht, die die Entwicklung der KMU stabilisiert und befördert. Sie hat z. B. für eine transparentere Förderpolitik gesorgt, das Mikrodarlehen per Antrag eingebracht, revolving Fonds eingefordert und für gerechteren öffentlichen Wettbewerb die Novellierung des Vergabegesetzes vorgenommen. Sie hat für eine gleichberechtigte regionale Entwicklung die Einführung von Regionalbudgets gefordert. Noch ist die Unterstützung der KMU für solche Vorschläge sehr unterschiedlich, weil dies immer nur im Spannungsfeld zwischen den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und den volkswirtschaftlichen Erfordernissen er-

Wohnen wenig eignet. Dazu kommt die hohe Lärmbelastung durch den stark frequentierten Martin-Luther-Ring.

*Warum soll eine neue katholische Kirche entstehen, wenn deren Mitglieder eine Minderheit sind?*

Es ist wahr, dass in Leipzig kaum Katholiken leben. Aber jede Minderheit hat einen Anspruch, sich inmitten der Gesellschaft zu verwirklichen. Es ist ein besonderes Merkmal der Politik der Leipziger LINKEN, sich für Vielfalt in der Innenstadt und in den Stadtteilen einzusetzen. Historische Erfahrungen sind ebenso von Bedeutung. Auch wenn nicht durchgehend und nicht in dem Umfang, wie heute oft unterstellt, gab es doch zu DDR-Zeiten regelmäßig Ausgrenzungen gegenüber der Kirche. Dabei war vor allem die katholische Kirche immer loyal gegenüber dem Staat DDR. Die Offenheit der Gemeinde und des gesamten katholischen Bistums Dresden-Meißen, einschließlich des Bischofs, kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass diese als Adresse für die neue katholische Kirche nicht die unverfängliche Nonnenmühlgasse, sondern bewusst den Martin-Luther-Ring wählten. Dies geschah im Wissen darum, dass in der Pleißenburg als Vorgängerbau des Neuen Rathauses die historisch bedeutsamen Leipziger Disputationen zur Reformation 1519 mit Luther und Eck stattfanden. Gleichmaßen tritt die

katholische Kirche beim Paulinum der Universität zurückhaltend in Erscheinung, obwohl sie ebenfalls den dortigen Gebetsraum für theologische und Ausbildungszwecke nutzen wird. Entscheidend war aber, dass der Kirchenbau aus den 70er Jahren ohne jeglichen Wärmeschutz gebaut wurde, erhebliche Mängel durch den schlechten Untergrund aufweist und der Neubau in der Nähe des historischen Grundstücks im Kolonnadenviertel entstehen soll, auf dem sich heute Wohnbebauung befindet.

*Wie hat die Linksfraktion beim Grundstücksverkauf gestimmt?*

Der Beschluss erfolgte einstimmig. Es ist Konsens in der Fraktion, dass ihre Mitglieder in Ausschüssen, die mit der Umsetzung von Ratsbeschlüssen befasst werden, in ihren Gremien darauf hinwirken, dass der Mehrheitswille des Stadtrates umgesetzt wird. Dies gehört zu unserem Demokratieverständnis. In diesem Fall gab es einen beschlossenen Bebauungsplan, der eine solche Nutzung einschließt. Die Stadtratsfraktionen sprachen sich für den Kirchenneubau am Ring aus. Deren Anregungen und Hinweise wurden in der Auslobung des von Bauherren und Stadt gleichermaßen gewollten Architektenwettbewerbes beachtet. Ich selbst wurde als stellvertretender Sachpreisrichter in die Jury nominiert und habe den Vorschlag für die Beurtei-

lung des Siegerentwurfes erarbeitet. Die aufgeschlossene Atmosphäre, die mir als Stadtrat der LINKEN in der Jury, zu der auch Bischof Joachim Reinelt gehörte, entgegengebracht wurde, werte ich als Vertrauensbeweis und Wertschätzung des Wirkens unserer Fraktion.

*Wie wurden und werden die Leipzigerinnen und Leipziger einbezogen?*

Die öffentliche Diskussion zum Kirchenneubau findet auf vielfältige Weise statt. Dazu gehören neben dem früheren Bebauungsplanverfahren Debatten in der Presse zum Standort und zur Gestaltung des Neubaus. Durch die Kirche wurden die Wettbewerbsergebnisse präsentiert. Auch Bauten für einzelne Bevölkerungsgruppen mit demokratischem Grundverständnis dienen dem Interesse einer Mehrheit der Leipziger Bürger, vor allem dann, wenn sie sich in vielfältiger Weise zur Stadt öffnen und sich aktiv in das städtischen Leben einbringen wollen. In baulichen Nutzungen kann sich Vielfalt einer Stadt ohne Ausgrenzung ebenso widerspiegeln wie in der Art und Weise, wie in den Gebäuden, auf Plätzen und in Freiräumen gelebt wird. So wie sich unsere Fraktion für Erhaltung, Betreuung und Neubau kommunaler Gebäude und Einrichtungen einsetzt, werden wir darüber hinaus auch Vorhaben wie die St. Trinitatiskirche am Martin-Luther-Ring unterstützen.

folgen kann. Im Moment glauben große Mehrheiten innerhalb der Unternehmerschaft in CDU und FDP „ein Staat ist wie eine Firma zu führen“. Volkswirtschaftliche Erfordernisse machen sich erst seit der Krise und dann sehr langsam breit. Mit einer linken Wirtschaftspolitik, die die KMU berücksichtigen, geben wir nicht die Schwerpunkte unserer Politik, wie z. B. zur AGENDA 2010, auf schon gar nicht antifaschistische Positionen oder auch unsere Antikriegspositionen. Im Gegenteil, wir stärken solche Positionen, tragen wir sie auch in den Mittelstand. Breiten Raum nahm die Vergabepolitik in den Kommunen ein. Sie sollte verstärkt auf die ortsansässigen KMU ausgerichtet werden, wogegen oftmals die EU-Vergabeordnung steht. Entscheidend bleibt hier die Durchsetzung entsprechender Losgrößen in den Vergabeverfahren. Fördermittel des Landes sind nicht mehr vorrangig für die „Leuchttürme“ einzusetzen, sondern gezielt über

die Kommunen zur Entwicklung der KMU zu verwenden. Die Universitäten und Hochschulen im Freistaat haben einen spürbaren Beitrag zur Entwicklung und Nutzung von Kapazitäten in Forschung und Entwicklung (F/E-Entwicklung), insbesondere für die Zwecke des produzierenden Gewerbes innerhalb der KMU zu erbringen. Abschließend stellte Karl-Friedrich Zais fest, dass die KMU das Bild der Kommunen bestimmen. Städte und Kreise ohne florierenden Handel, Handwerk und Gewerbe, wären Lebensräume ohne Lebensqualität.

In der nachfolgenden lebhaften Diskussion vermittelten die Stadträte Carola Lange und Siegfried Schlegel ihre Erfahrungen in den städtischen Vergabeverfahren. Bei allen erreichten guten Ergebnissen, sei es aber notwendig, hier noch stärker die Möglichkeiten der ortsansässigen KMU zu berücksichtigen und durchzusetzen. Unterstützung erhoffe man sich dabei von der notwendigen Überarbeitung

des sächsischen Vergabegesetzes. Barbara Höll unterstützte die aufgezeigten Positionen zur Beförderung der KMU auf der Ebene des Landes und der Kommune. Sie verwies darauf, dass auch in den KMU Mindestlöhne durchzusetzen sind. Dies erfordere aber auch, die KMU hinreichend mit Aufträgen auszustatten und allgemein die Binnenkaufkraft zu entwickeln. Auf Bundesebene sieht sie hier auch steuerpolitische Ansätze. Durch die anderen Veranstaltungsteilnehmer wurden in der Diskussion insbesondere ihre persönlichen Erfahrungen bei der wirtschaftspolitischen Arbeit mit den KMU aufgezeigt.

Es wurden Ansätze für eine weitere aktive Zusammenarbeit bei der Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und mit den KMU entwickelt. Ansätze, die es weiter auszubauen gilt. Die Veranstaltungsreihe der AG Linke UnternehmerInnen wird daher in loser Abfolge fortgeführt werden.

**Dr. Thomas Rothe**

## Angestrebtes Verbot der Heizpilze löst heftige Reaktionen aus

„Denn sie tun nicht, was sie wissen – warum es keinen Weg vom Wissen zum Handeln gibt“ war der Titel des Vortrages des renommierten Sozialwissenschaftlers Professor Harald Welzer zum Auftakt der Thementagung „Unter 2°C“ im Umweltforschungszentrum.

Nicht erst seit gestern wissen wir, dass unser Lebensstil und die Wirtschaftsform, die ihn ermöglicht, systematisch Ressourcen übernutzt und dass die Folgen davon unsere Zukunftsfähigkeit radikal in Frage stellen, so Professor Welzer. Jedoch mache die Trägheit unserer mentalen Infrastrukturen und die Verlockung, weiter um jeden Preis in der Komfortzone zu bleiben, dieses Wissen praktisch irrelevant. Um Verhaltensänderungen (auch im Kleinen) ginge es, um das bewusste Nutzen von Gebrauchswissen und um nachhaltiges Handeln.

Wie es um unseren Beitrag zum nachhaltigen Handeln bestellt ist, zeigt die aktuelle Diskussion um den Betrieb von Heizpilzen vor Gaststätten. Ihr Nutzen besteht vorrangig darin, dem (zumeist rauchenden) Gast auch bei klirrender Kälte den Aufenthalt im Freien erträglich zu gestalten. Dabei machte das Heizen unter freiem Himmel vielleicht noch am Anfang der Menschheitsgeschichte Sinn, als Höhlen und Hütten unserer Vorfahren noch nicht über die komfortablen Heizungssysteme verfügten, die heute im Inneren der von Tisch- und Thekenflucht betroffenen Gaststätten nun ihr überflüssiges Dasein fristen. Man könnte meinen, dass es sinnvoller sei, bei kalten Temperaturen den Innenbereich der Lokale zu nutzen. Aber laut Aussage von Gastronomen hat die Möglichkeit, wetterunabhängig draußen sitzen zu können, seit Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes großen Einfluss auf das Ausgehverhalten der Gäste. Dass jedoch diese Art der Ausdehnung der Freiluftsaison eine zusätzliche, unnötige Energieverschwendung darstellt und wider jede Logik und Vernunft ist, wissen im Prinzip alle am Procedere Beteiligten. Das führt mich wieder zum eingangs beschriebenen steinigen Weg vom Wissen zum Handeln. In Köln, Stuttgart, Tübingen, Berlin,

München und an vielen anderen Orten sind die „Killerpilze“ bereits vor einigen Jahren ins Visier, insbesondere der Grünen und anderer Umweltschützer, geraten. In Leipzig wurde die Forderung eines Verbotes der klimaschädlichen Heizpilze von der Linksjugend, passenderweise auf unserem ökologischen Stadtparteitag im Herbst 2010, als Antrag eingebracht. Bereits während der Basis-Diskussion im Rahmen der Erarbeitung unserer ökologischen Leitlinien wurde Unmut über diese dekadente Art der Energieverschwendung geäußert. Zu den Fakten:

Die Klimawissenschaft sagt uns, dass wir in den nächsten Jahrzehnten die Emissionen schrittweise um 80 % auf 2 Tonnen pro Kopf und Jahr reduzieren müssen. Das heißt im Klartext, dass wir Energie sparen und Ressourcen effizienter nutzen müssen.

Heizpilze stoßen bis zu 3,5 kg CO<sub>2</sub> pro Stunde aus. Bei einer durchschnittlichen Betriebsdauer entstehen so zwei Tonnen und mehr Kohlendioxid im Jahr. Dieser Wert entspricht in etwa dem CO<sub>2</sub>-Jahresausstoß eines Mittelklassewagens mit durchschnittlicher Fahrleistung. Ein Heizpilz verbraucht pro Stunde knapp ein Kilogramm Propangas.

Eine Flasche kostet zwischen 15 und 18 Euro. Pro Stunde verursacht der Heizpilz dem Wirt Kosten von ca. 1,50 Euro. Bei einem Einsatz von 36 Stunden in der Woche macht das im Jahr etwa 3.000 Euro zusätzliche Betriebskosten, die sich natürlich auf die Preise niederschlagen. Darauf, dass die DEHOGA angesichts unseres Vorstoßes zum Heizpilzverbot nicht begeistert ist, habe ich schon vor der Einreichung des Antrages gewettet. Die Wette wurde erweitert um mögliche Widersacher, notorische Abgrenzer und Befürworter von Energieverschwendung als Inbegriff eines freiheitlichen Lebensstils.

Die Grünen setzen, zumindest hier in Leipzig, auf Freiwilligkeit. Im Berliner Abgeordnetenhaus scheiterten sie einst mit einem Antrag

für ein berlinweites Verbot von Gas- und Elektroheizungen im Freien. Man wollte dafür sogar das Energiespargesetz ändern, weil das auch für gastronomisch genutzte Privatgelände gilt.

Mein neugieriger Anruf im Wirtschafts- und Ordnungsamt Charlottenburg – Wilmersdorf brachte schnell zu Tage, inwieweit die Kampagne „Prost Klima“ zur freiwilligen Aufgabe des Beheizens der Außenbereiche Erfolg hatte: Die Kampagne kostete das Geld der Bezirksverwaltung, geändert hat sich am Verhalten der gesammelten Pilznutzer nichts. Im Gegenteil, heute kontrollieren die Kollegen der Bezirksverwaltung die Kneipenmeilen und verhängen bei Verstößen gegen das Heizpilzverbot Bußgelder und ordnen teilweise sogar die Beschlagnahme der Heizpilze an.

Angesichts des Klimawandels werden per Energiesparverordnung strenge Vorgaben für alle Bereiche des Bauwesens gemacht, im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Diskussion werden in den Städten Umweltzonen eingerichtet. Warum also soll ausgerechnet die denkbar ineffizienteste Nutzung von Heizenergie, nämlich die Beheizung des öffentlichen Raumes, ohne Widerspruch geduldet werden? Freiwilligkeit können nur umweltbewusste Verbraucher und Gäste an den Tag legen, indem sie konsequent Lokale meiden, die mit klimaschädlichen Heizpilzen ausgestattet sind.

Maren Müller

Wir trauern um

**Prof. Dr. Werner Bramke**

\* 08.07.1938

† 24.01.2011

Werner Bramke war Wissenschaftler durch und durch und darum auch immer politisch. Als langjähriges Mitglied der PDS-Fraktion leistete er unverzichtbare Arbeit mit bleibenden Ergebnissen auch für unsere Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Er hat mit unabhängigem Geist zu einem aufgeklärten Verständnis linker Gesellschaftsgestaltung beigetragen. Werner Bramke hinterlässt eine große Lücke. Wir werden ihm ein bleibendes ehrendes Andenken bewahren.

**Dr. André Hahn**

Vorsitzender der Fraktion  
DIE LINKE im Landtag Sachsen

**Prof. Dr. Peter Porsch**

Vorsitzender der PDS-Fraktion  
im Landtag Sachsen (1994–2007)

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, den 24. Februar 2011, 13 Uhr, auf dem Leipziger Südfriedhof statt.

## Tipps und Veranstaltungen

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

### AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro  
MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

### AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

### AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

### AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

### AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

### AG Linke UnternehmerInnen

3. Mittwoch, 19:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr.  
Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

### AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

### AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

### GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

### Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

### Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

### Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

### Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 5.015, Beethovenstraße 15

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

### Mi., 16. Februar 2011 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Für ein solidarisches Leipzig DIE LINKE als alternative Gestaltungspartei in unserer Stadt mit MdL Dr. Volker Külöw, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a.

### Do., 17. Februar 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

### Di., 22. Februar 2011 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion Kulturkreistheorien von der Mitte des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt, RLS.

### Do., 24. Februar 2011 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion 1947 – Ein Jahr im Leben des Oberbürgermeisters Erich Zeigner. Nach internen Notizen Mit Dr. Manfred Hötzel, Leipzig Zum 125. Geburtstag von Erich Zeigner, RLS.

### Do., 24. Februar 2011 - 18:30 Uhr

ROSA L in Grünau: Frauenpolitik – Gestern und heute. Mit Dr. Uta Schlegel, Leipzig, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

### Mo., 28. Februar 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

### Di., 1. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

### Di., 1. März 2011 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Diskussion mit Prof. Anton Latzo „Deutsches Großmachtstreben – deutscher Imperialismus heute.“, LHL.

### Mi., 2. März 2011 - 14:00 Uhr

Ratsversammlung, Neues Rathaus

### Mi., 2. März 2011 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgertreff Volkmarisdorf, Konradstr. 60a.

### Mi., 2. März 2011 - 18:00 Uhr

Lesung und Gespräch mit Hans Modrow und Gabriele Oertel zum Buch „Sagen, was ist“, RLS.

### Do., 3. März 2011 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: 100 Jahre Internationaler Frauentag, LHL.

### Do., 3. März 2011 - 14:00 Uhr

Ratsversammlung, Neues Rathaus

### Do., 3. März 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16.

### Sa., 5. März 2011 - 20:00 Uhr

Beginn neue Filmreihe: Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Kapitalismus - eine Liebesgeschichte“. Der Eintritt ist frei, LHL.

### Di., 8. März 2011 - 10:00 Uhr

Frauentagsbrunch, im Wahlkreisbüro von MdB Dr. Barbara Höll und MdL Dr. Monika Runge, Gorkistraße 120.

### Mi., 9. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

### Di., 15. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Str. 122.

### Mi., 16. März 2011 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: Die Arbeitsgruppe Politische Bildung lädt unter dem Thema: „Kuba wird

nicht kapitalistisch - Zu den Wirtschaftsreformen in Kuba“, ein. Gast: Dr. Peter Gärtner, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10 a.

### Do., 17. März 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 16.

### Do., 17. März 2011 - 18:30 Uhr

ROSA L in Grünau mit Dr Erhard Crome, Politikwissenschaftler, Berlin: Sozialismus und Kommunismus in der Debatte, Klub Gshelka, An der Kotsche 51.

### Mo., 21. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

### Mi., 23. März 2011 - 14:00 Uhr

Ratsversammlung, Neues Rathaus

### Di., 29. März 2011 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 184.

### Di., 29. März 2011 - 14:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

### Do., 31. März 2011 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

### Do., 7. April 2011 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: „Zur Stadtentwicklung - Ist Leipzig eine seniorenfreundliche Stadt?“ mit Stadtrat Siegfried Schlegel, LHL.

## Wiedererrichtung des Lumumba-Denkmals in Leipzig

Am 15. Januar wurde auf dem Gelände des ehemaligen Herder-Instituts (heute Studienkolleg Sachsen) in der Lumumbastraße 4 ein Denkmal zu Ehren von Patrice Lumumba wiedererrichtet. Lumumba war der ersten Ministerpräsident des unabhängigen Kongo und eine herausragende Persönlichkeit der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas. Er wurde nach wenigen Monaten im Amt von Agenten der früheren belgischen Kolonialmacht unter Anleitung westlicher Geheimdienste entführt und auf barbarische Weise umgebracht. Das ursprüngliche Denkmal in Leipzig wurde kurz nach seiner Ermordung aufgestellt, aber im Jahre 1997 zerstört. Das neue Denkmal, das eine Bronzeplastik der Bildhauerin Jenny Mucchi-Wiegmann (1895-1969) trägt, wurde nun aus Anlass des 50. Todestages von Patrice Lumumba eingeweiht.

150 Personen nahmen an der feierlichen Enthüllung teil. Jürgen Kunze von der Deutsch-Afrikanischen-Gesellschaft (DAFRIG) charakterisierte in seiner Ansprache die Persönlichkeit Lumumbas und betonte die Bedeutung des Denkmals für die Pflege einer von Internationalismus und Solidarität getragenen Erinnerungskultur. In ihrem

Grußwort würdigte die kongolesische Botschafterin Kamanga Clementine Shakembo die Enthüllung und sah sich darin bestätigt, dass das Leben, Wirken und der Tod Lumumbas nicht vergessen sind. Auch ein Vertreter der Universität Leipzig begrüßte die Wiedererrichtung des Denkmals.

An die Enthüllungsfeierlichkeit schloss sich ein Kolloquium zum Thema "Macht. Politik. Ressourcen" im heutigen Afrika an. Hauptreferent war der Germanistik-Professor Maguèye Kassé von der Universität Cheikh Anta Diop Dakar/Senegal. Weitere Wissenschaftler und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus Afrika und Deutschland diskutierten mit den 125 Teilnehmern über zahlreiche Aspekte der aktuellen Entwicklung Afrikas.

Die Veranstaltung, die von der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Solidaritätsdienst international getragen wurde, erregte deutschlandweite und internationale Aufmerksamkeit, die auch durch Grußbotschaften und die Anwesenheit von Medienvertretern, darunter das kongolesische Fernsehen, zum Ausdruck gebracht wurde.

Dr. Jürgen Kunze



## Herzlichen Dank

Der Stadtvorstand bedankt sich bei allen Genossinnen und Genossen, die sich im Januar an der Spendenaktion für die weitere Sanierung des Liebknecht-Hauses beteiligt haben.

## Fraktion vor Ort Grün und Links im Gespräch

Dienstag, **1. März 2011**,  
18-20 Uhr, Studio 3 (Listhaus),  
Friedrich-List-Platz 1,  
04103 Leipzig

**Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) und **Caren Lay**  
(MdB DIE LINKE) diskutieren  
über Ost und West.

Moderation:

**Roland Claus**, MdB

Eintritt frei

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Weitere Informationen unter  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer

## Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,  
Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Fon: 0341/14 06 44 11  
Fax: 0341/14 06 44 18  
web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de)  
email: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,  
Konto: 11 25 50 42 22  
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann  
Christine Halle  
Andreas Kermer  
Dr. Christina Mertha  
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich.  
Redaktionsschluss für die Nummer 3/2011 ist  
Donnerstag, 3. März 2011. Namentlich gezeichnete  
Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der  
Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich  
sinnerhaltende Kürzungen vor.